

## **Newsletter Nummer 10/2019: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion**

### **Kreistagssitzung am 17. Dezember in Sinsheim**

Es ist Tradition, dass die letzte Kreistagssitzung des Jahres in Sinsheim-Steinsfurt stattfindet: Bereits zum 20. Mal in Folge traf sich dort am Dienstag der Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises.

Die Mitglieder des Kreistags befassen sich in der Schindwaldhalle unter anderem mit der Verabschiedung des Haushalts 2020 des Landkreises, mit der Umsetzung der Forstreform sowie mit der Beteiligung des Kreises an der neu zu gründenden Rhein-Neckar-Phosphor-Recycling GmbH & Co. KG.

Zu Beginn der Sitzung beschloss der Kreistag eine Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit, die moderate Erhöhungen vorsieht. Die derzeitigen Aufwandsentschädigungen waren seit dem 1. April 2014 in unveränderter Höhe gewährt worden.

### **Umsetzung der Forstreform**

Der Kreistag beschäftigte sich auch mit der Umsetzung der Forstreform im Rhein-Neckar-Kreis und nahm von dieser Kenntnis.

Der Landkreis wird kommunalen und privaten Waldbesitzern sowie forstlichen Zusammenschlüssen auf vertraglicher Basis und gegen vollen Kostenersatz die Dienstleistung „Verkauf und Verwertung von Holz mit Fakturierung“ im bisherigen Umfang weiter anbieten.

Die Verwaltung wurde ermächtigt, mit den kommunalen Waldbesitzern öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zum Holzverkauf zu schließen und mit den privaten Waldbesitzern sowie forstlichen Zusammenschlüssen die erforderlichen Verträge zum Holzverkauf abzuschließen. Zudem sollen die organisatorischen und personellen Maßnahmen zur Fortführung der Holzverkaufsstelle über den 31. Dezember 2019 hinaus durchgeführt werden.



## AVR Kommunal AöR

Der Kreistag hat den Verwaltungsrat der AVR Kommunal AöR außerdem angewiesen, die Abfallwirtschaftssatzung zu erlassen und die Abfallgebühren festzusetzen.

Die wohl wichtigste Nachricht in diesem Zusammenhang für alle Einwohnerinnen und Einwohner im Kreis: Die Gebührensätze für das Jahr 2020 bleiben unverändert!

Wegen der neu gegründeten Anstalt des öffentlichen Rechts, der AVR Kommunal AöR, stimmte der Kreistag auch der Übernahme der Gewährträgerschaft gegenüber der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands für das gesamte Personal der AVR Kommunal AöR zu.

## Haushalt wird verabschiedet

Traditionell befassten sich die Mitglieder des Kreistags in der letzten Sitzung des Jahres ganz zum Schluss mit der Verabschiedung des Haushaltsplans.

Dieser umfasst für das Jahr 2020 ein Gesamtvolumen von rund 713,75 Millionen €, von denen rund 640,6 Millionen € auf den Kernhaushalt, knapp 73 Millionen € auf den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik sowie circa 283.000 € auf die Freiherr von Ulner'sche Stiftung entfallen.

Eine erfreuliche Nachricht für die Städte und Gemeinden im Landkreis: Der Hebesatz der Kreisumlage, der momentan noch 27,75 Prozent der Steuerkraftsummen der Kommunen beträgt, wird um einen Prozentpunkt auf dann 26,75 Prozent gesenkt!

Im Folgenden geben wir die Haushaltsrede des **stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler John Ehret** wieder:

„Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, traditionell, kurz vor Weihnachten, beschließen wir als Kreistag den Haushalt für das kommende Jahr. Diesmal sind es allein im Kernhaushalt 640



Millionen €. Die derzeit noch guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schlagen sich auch im Haushalt des Kreises bei den Steigerungsraten der wichtigsten Einnahmepositionen positiv nieder.

Wir spüren zwar überall die sich abkühlende Wirtschaft mit der Folge, dass die Einnahmen künftig nicht mehr so stark wachsen werden wie in den letzten Jahren.

Wie uns aber die Wirtschaftsexperten sagen, ist es demnach aber eher eine Verschnaufpause der Wirtschaft. Eine Rezession mit erheblichen Folgen für die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte zeichnet sich derzeit - Gott sei Dank – zumindest „noch“ nicht ab.

Dennoch sehen wir zunehmend Wolken am Horizont aufziehen, mit sich eintrübenden Wirtschaftsdaten und einer niedrigeren Wirtschaftsprognose für 2020. Der Aufschwung verliert an Kraft und die Konjunktur droht abzuflachen. Wir sollten daher im Hinblick auf die Finanzplanungen künftiger Jahre vorsichtig agieren.

Die Haushaltsberatungen in den einzelnen Ausschüssen waren geprägt durch die bereits im Sommer mit der Verwaltung in Workshops beschlossenen Leitsätze, Handlungsfelder und strategischen Ziele. Diese strategischen Ziele werden jedes Jahr aufs Neue evaluiert, fortgeschrieben und in den Gremien beschlossen.

Mit dem heutigen Beschluss des Haushaltsplans sind sie wieder ein Jahr bindend.

So gelingt eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Gesamtstrategie im Rahmen eines Kreiskonzepts. Hier auch gleich zu Beginn zu einem Antrag der Linken, die über die strategischen Ziele gesondert abgestimmt haben wollen.

Meine Damen und Herren, ich persönlich hätte damit kein Problem. Das kann man von mir aus nächstes Jahr gerne tun. Ich möchte aber den anderen Fraktionsmitgliedern nicht vorgreifen. Bei uns kann jeder selbst entscheiden.

Aber dem Antrag der Linken über das strategische Ziel, die Verschuldung des Kernhaushaltes bis Ende 2026 auf 60 Millionen € zu begrenzen, erteilen wir als Fraktion gesamt eine Abfuhr. Wir alle sind grundsätzlich dafür, Schulden abzubauen. Das kann ich glaube ich für alle Fraktionen des Kreistages sagen.

Aber warum sollen wir es mit einer konkreten Zahl – in diesem Fall mit 60 – aus unserer Sicht „willkürlich“ auf 2026 benennen? Die Begründung der Linken erschließt sich uns nicht.

Wir als Freie Wähler wollen in einer Balance dem Rhein-Neckar-Kreis sowie den kreisangehörigen Gemeinden die finanzielle Handlungsfähigkeit durch eine effiziente und nachhaltige Haushaltswirtschaft ermöglichen.

Deshalb legen wir in den Beratungen das Hauptaugenmerk traditionell auf die wichtigen Stellschrauben, nämlich die Kreisumlage und den Stellenplan.

Erfreulich ist aus Sicht der Freien Wähler, dass sich die Eckdaten des Entwurfes noch einmal stark verbessert haben.

So werden Mittel im Umfang von rd. 20 Millionen € und durch die kürzlich - nach intensiven und langwierigen Verhandlungen - erfolgten Zusagen von Land und Bund die Haushalte 2020 und 2021 zusätzlich verbessern.



Nach der Devise der Freien Wähler, dass von Verbesserungen sowohl der Kreis als auch die Kommunen gleichermaßen profitieren sollen, halten wir eine Reduzierung der Kreisumlage von einem Punkt - das sind rd. 10,2 Millionen € - auf 26,75 % für angemessen.

Der Kreis kann damit weiter seine Aufgaben erledigen und den Gemeinden entsteht ein weiterer Spielraum für Investitionen.

Die Personalentwicklung bereitet uns aber weiterhin große Sorge!

Wie immer ist auch wieder die Mehrung der Stellen im Stellenplan ein Wermutstropfen für das kommende Jahr. In der Personalpolitik haben wir in den letzten Jahren immer auf die – für uns zumindest - zu hohen Stellenmehrungen hingewiesen.

Es sind zwar diesmal faktisch für 2020 weniger Stellen ausgewiesen, aber letztendlich handelt es sich hierbei – wie wir alle wissen – lediglich um ein Verschieben von Personal u.a. zur kreiseigenen AVR bzw. AöR oder durch die neue Forstorganisation.

Wir sehen auch diesmal die neuen 28 Stellen für 2020 wieder als kritisch an. Im Übrigen auch die von uns bereits zugestimmten Stellen aus den bekannten Sachgründen heraus, wie zum Beispiel die vierzehn neuen Stellen im Sozialbereich oder die fünf neuen Stellen im Baurechtsamt. Aus unserer Sicht sind dies aber auch unmittelbare Folgen aus den neuen Aufgaben von Bund und Land. Die Stellen wurden uns auch wieder gut dargestellt. Es bleibt uns wenig übrig, als das entsprechende Personal nun auch zu bewilligen.

Eine schöne Entwicklung ist dagegen, dass faktisch wieder keine Kredite neu eingeplant sind und auch die geplante Verschuldung ebenso wie in den Vorjahren zuvor zurückgeführt werden kann.

Hier wurde mehr getilgt als die ehemalige mittelfristige bzw. langfristige Planung vorsieht.

Da wir in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen auch mit dem Kauf und dem Umbau des Polizeigebäudes am Römerkreis in Heidelberg vor uns haben, ist der Rest als Puffer für die Liquidität aus unserer Sicht gerechtfertigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für uns Freie Wähler sind die wesentlichen Themen im Haushalt 2020 abgebildet, sauber finanziert und klar dargestellt. Im Einzelnen komme ich nun auf:

### **Bildung verbessern**

Die duale Berufsausbildung ist ein Garant der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Eine der beiden Säulen – neben der Ausbildung im Betrieb – sind die beruflichen Schulen. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass die Zukunftssicherung der beruflichen Schulen ein strategisches Ziel ist, ebenso wie die dauerhafte Substanzerhaltung und Verbesserung der Schulgebäude. Dadurch wird nachhaltig ein Investitionsstau vermieden.



Was unsere Berufsschulen im Kreis angeht können wir mit Genugtuung feststellen, dass sie in technischer, in energetischer, in optischer und in didaktischer Hinsicht hervorragend unterhalten und ausgestattet sind – und weiterhin auch werden. Das ist unser Beitrag für einen gelingenden Start der Jugendlichen des Rhein-Neckar-Kreises in ihr Berufsleben. Bestehende Berufsausbildungsgänge müssen aber auch hier immer wieder überarbeitet und an die neuen Anforderungen angepasst

werden. Auch hier bestimmt das Angebot die Nachfrage. Man muss auch mal den Mut haben, einzelne Ausbildungsgänge einzustampfen und andere innovative, zeitgemäße zur Steigerung der Attraktivität einzurichten.

Nachdem der Neubau der Louise-Otto-Peters-Schule Hockenheim erfolgreich abgeschlossen ist, steht in den kommenden Jahren der Neubau der

Steinsbergschule in Sinsheim an. 2020 ist eine erste Rate von einer Million € veranschlagt, der größte Teil ist im darauffolgenden Haushaltsjahr aufzubringen.

Eine große Herausforderung wird die Digitalisierung in unseren Schulen mit sich bringen. Dies aber weniger in finanzieller Hinsicht, denn es gibt erhebliche Zuschüsse von Bund und Land. Allein vom Bund dürfen wir in den nächsten sechs Jahren mit 4,6 Millionen € rechnen und vom Land werden wir bereits bis zum Ende diesen Jahres rund eine Million € für diese Zwecke vereinnahmen können.

Die Herausforderung betrifft daher eher das Lehrpersonal in unseren Schulen, das sich auch bereit erklärt hat, an Pilotprojekten z.B. beim Einsatz von Tablets mitzuwirken.

So gilt unser Dank sowohl den Schulleiterinnen und Schulleitern, als auch den Lehrerinnen und Lehrern der kreiseigenen Schulen für ihr vorbildliches Engagement.

Zugestimmt haben wir im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport auch einer Anhebung der Zuschüsse an die Musikschulen. Das Erlernen eines Musikinstruments ist nicht nur eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, es fördert auch die persönliche Entwicklung unserer Kinder und ihre soziale Kompetenz.

Dass wir als Kreis auch in der Förderung des Breitensports und im kulturellen Bereich überdurchschnittlich engagiert sind, haben wir der guten Finanzausstattung zu verdanken. Die Förderung kommt damit vielen Kreiseinwohnerinnen und Kreiseinwohnern zu Gute.

Auch zu Gute kommt die Fortführung der Intensivkooperationen mit verschiedenen Schulen in Form von Außenklassen, die wir als äußerst positiv beurteilen. Dies trägt auch zu einer räumlichen Entspannung an den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren bei.

Nun ein paar Sätze zu:

### **Soziale Verantwortung tragen**

Rund 60 % seiner ordentlichen Aufwendungen wendet der Kreis allein schon im Teilhaushalt Jugend und Soziales auf. Die meisten Leistungen im Sozialbereich - fast 98 % - sind weisungsfreie Pflichtaufgaben und durch Landes- und Bundesgesetze fremdbestimmt. Der gesetzliche Versorgungsauftrag lässt nur wenige Möglichkeiten zu, diese Kosten und deren jährliche Steigerung zu beeinflussen.

Für das Haushaltsjahr 2020 wird ein negatives Ergebnis in Höhe von rund 165,2 Millionen € prognostiziert. Durch die geringeren Erträge und die höheren ordentlichen

Aufwendungen verschlechtert sich das noch im Vergleich zu 2019 um 14,4 Millionen €.

Bei der Weiterentwicklung der sozialen Ziele liegt der Schwerpunkt im kommenden Jahr auf den Themen „Alleinerziehende“ und „Junges Leben im Kreis“, beide Gruppen sollen im Rahmen der „Sozialen Agenda“ verstärkt gefördert werden. Die Lebenssituation insgesamt, aber insbesondere der beiden genannten Gesellschaftsgruppen soll sich deutlich verbessern.



Unbefriedigend – aber mit einem guten Ende - war auch aus unserer Sicht die politische Diskussion um die finanzielle Lastenverteilung hinsichtlich des BTHG – hier konnte nun eine Einigung mit dem Land mit Blick auf die Mehraufwendungen gefunden werden.

Der zuvor „ungedeckte Scheck“ wie es unser Landrat im Sozialausschuss treffend betitelt hat, sorgte für fehlende Planungssicherheit und Risiken im Haushalt.

Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, dass die Verwaltung nun ein Drittel der prognostizierten Kosten in den Haushalt 2020 einstellt, auf diese Weise ist das Risiko einer darüber hinausgehenden Kostentragungspflicht jedenfalls teilweise abgesichert, ohne zugleich übervorsichtig zu sein.

Eine weitere Unwägbarkeit sind die finanziellen Folgen der Umsetzung des Unterhaltsvorschussgesetzes. Auch hier wurde eine gute Lösung im Haushaltsansatz gefunden.

Gleiches gilt für die noch nicht absehbaren Folgen des Angehörigen-Entlastungsgesetz, das aus unserer Sicht ebenfalls nicht auf Kosten der kommunalen Haushalte umgesetzt werden darf.

Trotz der umsichtigen Planung der Kreisverwaltung was die Stellenbesetzung betrifft und die Zusicherung, nur nach Bedarf auszuschreiben, ist eine Stellenmehrung von vierzehn Stellen im Sozialbereich vorgesehen, ein Großteil davon für besagte Änderung des BTHG.

Im Wahlkampf 2019 hatten wir uns für den Erhalt und Ausbau der Standorte des Pflegestützpunkts ausgesprochen und tragen die anvisierte Neustrukturierung daher gerne mit. Die Freien Wähler hatten bereits beim Start der Pflegestützpunkte im Jahr

2010 betont, dass zwei Standorte im großen Rhein-Neckar-Kreis mit 550 000 Einwohnern zu wenig sind. Die Aufgabe der Pflegestützpunkte ist eine anbieter- und trägerunabhängige sowie wettbewerbsneutrale Auskunft und Beratung zu allen Fragen der Pflege. Zunehmend werden Beratung und Koordination von kurativen und medizinischen, pflegerischen und sozialen Hilfs- und Unterstützungsangeboten nachgefragt. Die aktuelle Situation der Pflegestützpunkte mit den Außenstellen wurde ausführlich im Fachbeirat Pflege erläutert.



Der Bedarf wird komplexer, da die Betroffenen verschiedene Hilfen benötigen, die abgestimmt, organisiert und finanziert werden müssen.

Oft sind zur Beurteilung auch Hausbesuche erforderlich. Damit erhöhten sich im letzten Jahr die Fallzahlen pro Beratungsstelle sehr deutlich. Für uns eine erfreuliche Entwicklung in der Pflegeberatung.

Mit der Erweiterung der Standorte geht eine Personalsteigerung einher, die wir ebenfalls gerne mittragen.

Im Bereich der Jugendhilfe explodieren erstmals nach drei Jahren nicht weiter die Kosten und der Zuschussbedarf. Es reduziert sich sogar der Zuschussbedarf im Budget des Jugendamtes im Haushaltsjahr 2020 im Vergleich zur Planung 2019 um rd. 1,1 Millionen €.

Bei der Schlüsselposition „Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ gibt es im Bereich der Unbegleiteten Minderjährigen Ausländer (UMA) noch Fälle, bei denen trotz intensiver Bemühungen des Fachbereiches, die Anerkennung der Kostenerstattungspflicht seitens des Landes bzw. des (KVJS) nach wie vor aussteht. Bislang sind dem Rhein-Neckar-Kreis in diesen Fällen Aufwendungen von 5,9 Millionen € entstanden. Ob bzw. wann - 2019 oder 2020 - und in welcher Höhe die Kostenerstattungen tatsächlich erfolgen, ist derzeit noch offen. Insofern konnten diese Erträge bisher weder im unterjährigen Berichtswesen 2019 noch in der Planung 2020 entsprechende Berücksichtigung finden.

Die wesentlichen Förderschwerpunkte der Jugendhilfe bleiben auch mit „Individuellen Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“, „Institutionelle Förderung der Jugendhilfe“ und „Förderung/Vermittlung von Kindern in Tagespflege“ sowie „Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz“ in 2020 unverändert.

Den Freien Wählern ist schon bewusst, dass durch den demographischen Wandel und höhere Standards in den verschiedensten Bereichen in Zukunft die Fallzahlen und die Kosten insbesondere im Sozialetat ansteigen werden.

Wir fordern jedoch, dass die Sozialgesetzgebung von Bund und Land dabei die begrenzte Leistungsfähigkeit der Kreise und Kommunen beachtet, und nach dem Konnexitätsprinzip dafür die Kosten übernimmt.

Die Freien Wähler werden aber weiterhin gemäß dem Motto „Mit Verantwortung in die Zukunft“ dafür eintreten, für die Menschen zu sorgen, die unserer Hilfe bedürfen, aber bei jeder Entscheidung auch an die Kosten zu denken und jegliches etwaiges Einsparpotential zu nutzen.

Nun komme ich zu:

### **Gesundheit erhalten**

Gesundheit gilt es zu erhalten und fördern! Sie ist der Grundstein für eine erfüllte Zukunft.

Unsere Gesundheitszentren Rhein Neckar haben einen guten Ruf für ihre medizinischen Leistungen und leisten einen wertvollen Beitrag für die Gesundheit der Menschen im Kreis. Durch eine konsequente Fortschreibung der Investitionen in eine moderne medizintechnische und bauliche Ausstattung der Häuser, die glückliche Hand bei der Auswahl der ärztlichen Leitung und durch eine empathische Pflege haben die Häuser einen guten Ruf.



Aber nach wie vor kommt das Land seiner gesetzlichen Verpflichtung im Rahmen der Krankenhausfinanzierung nicht nach. Das ist leider die Basis für künftige Defizite. Zweitens reichen die Erstattungen der Krankenkassen bei den Budgets nicht aus, um allein die Erhöhungen der Personalkosten aufzufangen.

Mehr als die Hälfte des Defizits entfällt strukturbedingt auf den Standort Eberbach, zu dem wir uns aber eindeutig bekennen.

So wird auf lange Sicht der Karren – also die Kliniken - vollkommen an die Wand gefahren.

Im Lokalvergleich mit unseren Nachbarn im Odenwald oder dem Klinikum in Mannheim sind wir dabei noch gut davongekommen. Das ist allerdings ein schwacher Trost.

Alles in allem kann man Herrn Verwaltungsdirektor Rüdiger Burger und den über 3.000 Mitarbeitern nur sagen: Danke, für den großartigen Einsatz!

Zum Abschluss noch:

### **Wirtschaft stärken**

Die Tochtergesellschaften der AVR-Gruppe entwickeln sich gut und sind wirtschaftlich erfolgreich.

Wir haben eine gesicherte, umweltfreundliche Abfallwirtschaft im öffentlichen Bereich mit geordneten Stoffströmen und eine hohe Quote bei den verwertbaren Abfällen.



Im Bereich AVR Energie wird mit der Errichtung der Bio-Vergärungsanlage ein weiteres Kapitel erfolgreicher Arbeit aufgeschlagen. Synergien mit dem Biomassekraftwerk entstehen. Die Biotonne ist bereits heute ein Erfolgsmodell. Ähnlich steil aufwärts wird es vermutlich nun mit den Überlegungen zur Phosphor-Rückgewinnung beim Klärschlamm gehen.

Mit einem Satz beschrieben, unsere AVR-Unternehmen machen einen tollen Job und wir dürfen stolz sein auf

unser Verwertungs-/Entsorgungs- und Abholsystem. Mit der beschlossenen Neustrukturierung werden wir auch alle zukünftigen Aufgaben und Probleme meistern und lösen können.

Aber hier möchte ich nochmals auf unser letztjähriges Anliegen zurückkommen, sich dem Problem vieler Kommunen - gerade zum Jahresende hin - anzunehmen, die Kapazitäten von Erdaushub an den Deponien zu erhöhen.

Die Strategischen Ziele werden beharrlich von Bau und Vermögen weiterverfolgt. So sind die für die Bauunterhaltung unserer beruflichen Schulen sowie Sondermittel 3,9 Millionen € für 2020 eingeplant.

Weitere Schwerpunkte sind die Digitalisierung und der Klimaschutz.

Dabei sind es manchmal auch die Kleinigkeiten die für eine rasche Verbesserung des Klimaschutzes sorgen könnten. Damit meinen wir den raschen Ausbau von Ladestationen für Elektrofahrzeuge an unseren Garagen und Parkplätzen.

Beispielsweise sind in der Tiefgarage im Landratsamt die beiden E-Ladesäulen den Dienstwagen vorbehalten.

Es ist fast schon lustig wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Dr. Göck, mit Verlängerungskabeln durch die Tiefgarage huscht, verzweifelt auf der Suche nach einer Steckdose, um seinen Hybrid während der Sitzungen aufzuladen.

Wir denken, es sollte so viel Reserve im Haushalt sein, dass zusätzliche Ladepunkte bei unseren Parkflächen installiert werden könnten.

Insgesamt lässt sich aber nun sagen, der Rhein-Neckar-Kreis war und ist weiterhin auf einem guten Weg. Klimaschutzziele wurden erreicht und das Konzept wird für die Einrichtungen und Gesellschaften des Kreises fortgeschrieben.

Wir formulieren gerne weitergehende Ziele und werden diese, Jahr für Jahr in unseren Verantwortungsbereichen abarbeiten.

Den fraktionsübergreifenden Antrag eine Stelle für die Biodiversität zu schaffen, haben wir gerne zugestimmt, da Klima- und Naturschutz eine verantwortungsvolle Zukunftsaufgabe ist, der sich Kreis und Gemeinden im Schulterschluss und gemeinsam auch stellen müssen.

Trotz der Friday-for-future Bewegung ist unseres Erachtens der Klimaschutz bei vielen Hauseigentümern aber noch gar nicht angekommen. Dies mag an vielen persönlichen Gründen liegen, die möglicherweise alle berechtigt sind, aber, wenn wir so weitermachen, kommen wir in 100 Jahren nicht an die gesteckten Ziele.

Unseres Erachtens gehen Bund mit seinem Klimaschutzpaket und das Land hier selbst auch keine verantwortungsvollen und konsequenten Wege. Zum einen nicht bei ihren eigenen Einrichtungen und Gebäuden, zweitens auch nicht mit entsprechenden Anreizen gegenüber den Häuslebesitzern und letztendlich kann die Politik auch nicht der Bevölkerung glaubhaft und klarmachen, um was es eigentlich geht und sich jeder Einzelne an Klima- und Naturschutz beteiligen muss.

Letztendlich müssen Kreis und Kommunen wieder den Draht zu den Menschen finden, weil die „große“ Politik versagt.

Beim Masterplan Mobilität ist es wichtig und richtig, dass alle Verkehre, vom Individualverkehr über den Radverkehr bis zur Schiene, in die Betrachtungen und Planungen mit einbezogen werden.

Der Ausbau und die Förderung des ÖPNV ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben des Kreises.

Bei der derzeitigen aktuellen Diskussion überschlagen sich die Forderungen in den Medien zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Werte.

Wir Freien Wähler stellen fest, dass der Rhein-Neckar-Kreis bereits seit Jahren, aktiv Klimaschutz betreibt. Die vom Kreistag aufgestellten und beschlossenen Klimaziele haben wir bereits in diesem Jahr, also einem Jahr früher als geplant erreicht.

Nun zum Antrag der „Grünen/Bündnis90“ für die Gemeinden fünf Millionen € als Zuschuss für Klimaziele im Haushalt festzulegen. Diesen lehnen wir – wie übrigens letztes Jahr – auch wieder ab.

Es gibt für Kommunen auf Bundes -und Landesebene genügend Förderprogramme die die Kommunen nutzen können. Dazu würde bei Kreis weitere Bürokratie mit der Bearbeitung der Kriterien aufgebaut.

Es würden wieder nur die ohnehin finanzstarken Kommunen davon profitieren, während die finanzschwachen mit der Kreisumlage dies mitfinanzieren müssten.

Fazit: Dann lassen wir das Geld direkt bei den Gemeinden, dann kann jeder Gemeinderat selbst entscheiden was er investiert.

Wir haben eine hohe Achtung vor der „kommunalen Selbstverwaltung“ und glauben, dass die Gemeinden am besten wissen, welche Mittel Sie örtlich für den Klimaschutz einsetzen wollen. Dazu werden derzeit überall Klimaschutzpläne erarbeitet.

Wir können uns gerne darüber unterhalten, ob wir für eigene Kreisprojekte die Mittel anheben wollen oder sollen.

Wir wollen einen anderen Weg gehen.

Wir sehen es als dringende Aufgabe an, den ÖPNV zu stärken in den öffentlichen Fokus zu nehmen. Dazu soll das Handlungsfeld Mobilität ausgebaut werden.

Eine zukunftsweisende Mobilitätsstrategie ist wichtig und notwendig. Die Mobilität der Zukunft im Kreis ist ein Strategisches Ziel, an dem wir weiterhin aktiv mitarbeiten werden. Um die Mobilität auch im ländlichen Raum gleichwertig zu entwickeln, hatten wir in einem ersten Schritt 2017 vorgeschlagen, die ÖPNV-Zuschüsse im Kreis gerechter zu verteilen.



Dies haben wir bereits 2019 erreicht!!!

Die Stimmen der Freien Wähler für den Busverkehr im ländlichen Raum haben jedoch im letzten Jahr nicht ausgereicht, um das finanziell in Ungleichgewicht gefallene Stadt-Land-Gefälle zu verbessern.

Wir hatten versprochen: Wir werden an diesem Thema dranbleiben.

Und so werden wir erneut dieses wichtige Thema aufgreifen und äußern den Wunsch, dass im Rahmen des Mobilitätspakts der Rhein-Neckar-Kreis auch die ländlichen Räume mit einem Halbstundentakt in den Kernzeiten verbindet. Auf der Schiene sind die Takte bereits jetzt erheblich kürzer.

Nur so ist der Umstieg vom Pkw auf den klimafreundlichen ÖPNV möglich.

Wir wollen dies auch teilweise mit Einsparungen aus den ÖPNV-Mitteln finanzieren. Es gibt heute teilweise Doppelverkehre von Bus und Schiene auf vielen Strecken.

Wir möchten deshalb, dass ein unabhängiges Gutachten erstellt wird, das sich mit dem Abbau von Doppelstrukturen und den grundsätzlich optimalen Verkehren im verdichteten Ballungsraum aber auch, in der Anbindung des ländlichen Raumes befasst.

Herr Landrat, ich gehe davon aus, dass sie selbst hieran starkes Interesse haben und dies als Arbeitsauftrag an die Verwaltung weitergeben. Alternativ beantragen wir, dies im nächsten und zuständigen Ausschuss im Rahmen des Mobilitätspaktes zu beraten.

### **Abschluss**

Ich bedanke mich bei den Fraktionen – trotz aller politischer Unterschiede - für das gute, konstruktive Miteinander im Kreistag.

Wir Freien Wähler danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises und der Gesellschaften für ihre nicht immer einfache und gute Arbeit.

Ihnen Herr Landrat Stefan Dallinger für den vertrauensvollen, kollegialen Führungsstil und die frühzeitige Einbindung der Fraktionen in die Entscheidungsfindung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

frohe Weihnachten und uns allen, ein gutes, vor allem friedvolles und gesundes 2020, wünschen die Freien Wähler!“

## **Weitere Informationen.....**

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>